Wertschöpfung erfordert **Wertschätzung**

Damit Übergänge in Ausbildung und Beruf künftig auch Jugendlichen mit Startnachteilen gelingen

von Prof. Dr. Dieter Euler

Bildung ist in Deutschland mit einem Versprechen verbunden: Ein Ausbildungs- oder Studienabschluss sichert nicht nur das Einkommen zum Lebensunterhalt, sondern auch das Fortkommen hin zu einer sinnhaften Lebensgestaltung. Das Versprechen wird jedoch schnell zu einem Versprecher, wenn der Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung versperrt bleibt. Genau dies ist seit vielen Jahren für viele Jugendliche nach Ende der Pflichtschulzeit der Fall. Sie münden in eine der zahlreichen Maßnahmen des sogenannten Übergangssektors, die für viele dann aber nicht in eine Ausbildung führt, sondern in fragile Erwerbstätigkeiten oder Arbeitslosigkeit.

Prof. Dr. Dieter Euler ist Berufsbildungsforscher und emeritierter Professor für „Educational Management“ an der Universität St. Gallen (Schweiz). Seine Themenschwerpunkte sind Bildungsinnovationen, Sozialkompetenzen, pädagogische Hochschulentwicklung, digitale Mediendidaktik und Design-Based Research.

Die deutsche Berufsbildung gilt nicht zuletzt international als leistungsfähig, weil sie neben der Fachkräftesicherung die Integration der jungen Generation in Arbeit und Gesellschaft ermöglicht und damit Tendenzen sozialer Ausgrenzung entgegenwirkt. Wenn dies aktuell nur für einen Teil der Jugendlichen gelingt, dann drängen sich die folgenden Fragen auf: Bei welchen Jugendlichen stößt der Übergangssektor an Grenzen? Welche Veränderungen sind im Interesse der betroffenen Jugendlichen notwendig und möglich? Welche Herausforderungen sind in der Umsetzung der Veränderungen zu überwinden?

Die Realität heute: Grenzen des Übergangs

Der Übergangssektor mit seinen aktuell mehr als 120 schulischen Bildungsgängen und über 320 Förderprogrammen (BIBB 2022, 23) soll Jugendlichen nach der Pflichtschulzeit den Weg in eine Berufsausbildung erleichtern. 2022 mündeten ca. 239.000 Jugendliche in eine der Maßnahmen, mehr als 70 Prozent von ihnen besitzen maximal einen Hauptschulabschluss (BMBF 2023, 32). Die ursprüngliche Erwartung, dass sich in Zeiten einer rückläufigen Demografie der Übergangssektor als bedeutungslos erweist, wurde nicht erfüllt.

Die Einschätzungen über diesen Sektor sind kontrovers: Während die einen ihn als ein „Chancenverbesserungssystem“ kennzeichnen, beurteilen ihn andere als ein „Parallelsystem“ mit dem Risiko von Stigmatisierung und Ausgrenzung (BIBB 2022, 21f.). Die aktuellen Problemlagen des Übergangssektors können an den folgenden Punkten skizziert werden:

- Der Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung gelingt insbesondere jenen Jugendlichen nur unzulänglich, die bereits in den allgemeinbildenden Schulen von Startnachteilen betroffen waren. Dies sind etwa Jugendliche mit einem niedrigen oder ohne Schulabschluss, aus Familien mit einem niedrigen sozial-ökonomischen Status oder mit Migrationsgeschichte (Euler & Seeber 2023, 19ff.). Dazu kommen Jugendliche mit einem Wohnort in Regionen mit einem geringen Angebot an Ausbildungsstellen. Die Übergangsprobleme wachsen, wenn einzelne dieser Risikolagen kumulieren.
- Nur ca. ein Drittel der Jugendlichen schafft nach einem Jahr den Übergang in eine Ausbildung. Selbst nach drei Jahren in mehreren Maßnahmen beläuft sich die Übergangsquote auf lediglich 60 Prozent (Euler & Seeber 2023, 22).

- Wenn Jugendlichen mit Startnachteilen der Übergang in eine Ausbildung gelingt, dann häufig in Berufe mit einem niedrigen Sozialprestige (geringeres Einkommen, geringe Aufstiegsoptionen). Sie haben zudem ein höheres Risiko für einen fragmentierten und instabilen Ausbildungsverlauf (Euler & Seeber 2023, 32).
- Jugendliche mit maximal einem Hauptschulabschluss sowie anderen Startnachteilen sind in höherem Maße von Ausbildungsabbrüchen betroffen (Euler & Seeber 2023, 14).
- Aus dem Zusammenwirken insbesondere der begrenzten Zahl an Übergängen in eine Ausbildung sowie der zahlreichen Abbrüche resultiert eine hohe Zahl an Einmündungen in eine Beschäftigung als sogenannte Geringqualifizierte. Der Anteil an Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss beläuft sich 2021 auf 18,5 Prozent bzw. 1,92 Millionen (BIBB 2023, 277).

Die Vision für morgen: Hebel für Veränderung

Die hohe Zahl an schulischen Bildungsgängen, Förderprogrammen und -instrumenten zeigt, dass der Übergangssektor seit Jahren ein hohes Maß an öffentlicher Unterstützung erfährt. Dennoch gelingt es mit den aktuellen Förderstrategien und trotz eines milliardenschweren Fördervolumens nicht, die Zahl der Übergänge in eine Berufsausbildung zu erhöhen bzw. die Zahl der Geringqualifizierten zu reduzieren – im Gegenteil ist die Quote in den vergangenen Jahren weiter gestiegen.

Eine angesichts der immensen Fördersummen erstaunliche Erkenntnis besteht darin, dass zu den eingesetzten Fördermaßnahmen nahezu keine Evaluationen vorliegen. Insofern bleibt offen, welche der Maßnahmen effektiv sind. Zugleich ist zu beachten, dass der Übergang in eine duale Berufsausbildung nicht (nur) von den Voraussetzungen der Jugendlichen abhängt, sondern letztlich durch die Betriebe reguliert wird. Betriebe können weder gezwungen werden, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen noch bestimmte Jugendliche einzustellen. Zugleich können Jugendliche im Rahmen der freien Berufswahl nicht gezwungen werden, angebotene Ausbildungsberufe oder bestimmte Ausbildungsbetriebe zu wählen.

Wenn nur ca. 60 Prozent der Jugendlichen nach drei Jahren in Maßnahmen des Übergangssektors die Einmündung in eine Ausbildung schaffen, dann erscheint ein neuer Ansatz notwendig. Was muss sich demnach ändern, um den Trend umzukehren?

Bislang folgte die Gestaltung der Maßnahmen des Übergangssektors weitgehend dem Prinzip der Separation: Ausbildungslose Jugendliche sollen getrennt von einer Ausbildung vorbereitet werden, um ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern. Dieser Ansatz sieht die Gründe für eine fehlende Ausbildung weitgehend in der fehlenden Ausbildungsreife der Jugendlichen. Er ignoriert, dass in vielen Regionen kein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsstellen besteht (Euler & Seeber 2023, 9ff.). Fehlende Ausbildungsstellen und ein separativer Ansatz – hier liegen die Hebel zur Veränderung: Schaffung öffentlich geförderter Ausbildungsplätze und gezielte Elemente von Inklusion. Wie kann dies funktionieren?

Ein zentraler Schritt besteht darin, den Blick auf die Voraussetzungen der Jugendlichen zu richten und die folgende Unterscheidung zu treffen:

- Ein (größerer) Teil der Jugendlichen im Übergangssektor ist in der Lage, ohne oder mit in die Ausbildung integrierten Fördermaßnahmen eine Berufsausbildung zu absolvieren. Sie sollten eine Berufsausbildung starten können – bei fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätzen subsidiär in einer staatlich geförderten Ausbildung. Bestehende Förderinstrumente werden genutzt und in die Ausbildung integriert.
- Jugendliche, die aufgrund kognitiver, sprachlicher oder sozialer Voraussetzungen noch nicht erfolgversprechend in eine Ausbildung einmünden können, sollten mithilfe einer Einstiegsbegleitung auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Diese Vorbereitung sollte hochgradig individualisiert (d. h. auf die diagnostizierten Bedarfe ausgerichtet), integriert (d. h. berufsfachliche, sprachliche, soziale Förderung in multiprofessionellen Teams) und intensiv (d. h. möglichst kurz) erfolgen.

Die konsequente Umsetzung dieses Ansatzes würde den Übergangssektor nicht beseitigen, aber auf diejenigen Jugendlichen fokussieren, die aufgrund ihrer Lebenslage eine besondere Unterstützung benötigen. Der Übergangssektor würde abschmelzen, mehr Jugendliche würden zu einem (schnelleren) Abschluss geführt, öffentliche Mittel würden effizienter eingesetzt. Die bestehenden Dysfunktionalitäten des Ausbildungsmarkts würden in staatlicher Verantwortung ausgeglichen – die Wertschätzung der benachteiligten Jugendlichen würde zudem positiv zur Wertschöpfung der Wirtschaft beitragen. Mehr junge Menschen bekämen einen Grund, auf das von ihnen Geleistete stolz zu sein.

Dieser hier mit breitem Pinsel gemalte Ansatz wurde in seinen operativen Details ausgearbeitet, aus Sicht der unterschiedlichen Stakeholder begründet und kann sich zudem auf Umsetzungserfahrungen in Deutschland und Österreich stützen (Euler & Seeber 2023).

Der Weg dahin: Hürden und Herausforderungen

Der Ansatz skizziert das Mögliche, nicht das bislang Gewohnte. In den vergangenen beiden Dekaden entstanden bereits einige Vorschläge, die auf einen besseren Übergang von Jugendlichen in eine Berufsausbildung zielten. Viele davon scheiterten, so beispielsweise die wiederholten Forderungen nach einer Ausbildungsplatzumlage (zuletzt 2004 und 2022), die Anbindung des Übergangssektors an die Ausbildung über Ausbildungsbausteine (Euler & Severing 2006) oder die 2005 im Berufsbildungsgesetz geschaffene Möglichkeit einer subsidiären Ausbildung in einer berufsbildenden Schule. Die langjährige ineffektive und ineffiziente Separation der ausbildungslosen Jugendlichen in ein teures Geflecht von Maßnahmen scheint auf eine in diesem Bereich ausgeprägte Skandalresilienz der Bildungsöffentlichkeit zu treffen.

Zwei Gründe mögen diese Situation erklären: Zum einen stellen ausbildungslose Jugendliche politisch keine bedeutsame Wähler:innengruppe dar, um die sich die Parteien kümmern müssen. Die Standortsicherung eines Gymnasiums im Stadtviertel lässt die Politik auf den Bildungsprotektionismus der Mittelschicht schneller reagieren als auf die offensichtlichen Reformbedarfe sozial benachteiligter Gruppen. Zum anderen wirken Verbandsakteur:innen aus der Wirtschaft eher darauf hin, „unversorgte" Jugendliche in offene und auch unattraktive Ausbildungsstellen zu kanalisieren als ihnen die Möglichkeit einer außerbetrieblichen Ausbildung in einem für sie gewünschten Beruf zu ermöglichen.

Auch wenn die Vertretungsmacht der betroffenen Jugendlichen begrenzt ist, sind die Rahmenbedingungen für die Einleitung einer grundlegenden Reform des Übergangssektors günstig. Demografie und Fachkräftebedarf, digitale und ökologische Transformationsprozesse und nicht zuletzt die Gefahren einer sozialen Polarisierung und Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft lassen es nicht nur geboten, sondern unverzichtbar erscheinen, die Talente und Ressourcen aller Menschen zu heben. Insofern mögen die skizzierten Vorschläge nicht nur idealistisch, sondern auch etwas pragmatisch erscheinen.

Literatur

BIBB (Hrsg.) (2022). *Zukunftsfähig bleiben! 9 + 1 Thesen für eine bessere Berufsbildung.* Bonn
BIBB (Hrsg.) (2023). *Datenreport 2023* (Vorversion). Bonn
BMBF (Hrsg.) (2023). *Berufsbildungsbericht 2023*. Berlin
Euler, D. & Seeber, S. (2023). *Ausbildungsgarantie. Ein Instrument zur Fachkräftesicherung und gesellschaftlichen Integration junger Menschen.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
Euler, D. & Severing, E. (2006). *Flexible Ausbildungswege in der Berufsbildung.* Bielefeld: W. Bertelsmann